

KLARTEXT WOHLFAHRT

Mobilitätswende sozial gerecht gestalten

Die Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V. (Liga-BW) begrüßt die intensive Auseinandersetzung mit der sozial-ökologischen Mobilitätswende im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Mobilitätswende gerecht gestalten“. Die Ergebnisse und Impulse aus Fachveranstaltungen, Stellungnahmen und Positionspapieren zeigen deutlich: Eine gerechte Mobilitätswende ist möglich, wenn soziale Teilhabe, ökologische Verantwortung und ökonomische Vernunft konsequent zusammengedacht und umgesetzt werden¹.

Wir fordern die Landespolitik auf, die Erkenntnisse aus der Reihe in konkrete Maßnahmen zu überführen und dabei folgende Lösungsansätze prioritär zu berücksichtigen.

Mobilität als soziale Teilhabe sichern

Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge und Voraussetzung für gesellschaftliche, kulturelle und berufliche Teilhabe. Menschen mit geringem Einkommen, Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sind besonders auf bezahlbare und umfassend barrierefreie Mobilitätsangebote angewiesen.

Lösungsansätze:

- ➔ Einführung eines landesweiten Sozialtickets auf Basis des 29-Euro-Modells
- ➔ Kostenfreie oder stark vergünstigte ÖPNV-Angebote für Menschen mit bedarfsgeprüften Sozialleistungen
- ➔ Verbindliche Anwendung der Unbilligkeitsregelung im Mobilitätspass (§ 16 Abs. 2 LMG) ohne Kann-Vorbehalt

Mobilitätsgerechtigkeit für Kinder, Jugendliche und Familien stärken

Kinder und Jugendliche haben ein hohes Mobilitätsbedürfnis – für Bildung, Freizeit und soziale Entwicklung. Ihre Perspektiven müssen systematisch in die Mobilitätsplanung einfließen.

Lösungsansätze:

- ➔ Ausbau des Jugendtickets und Prüfung einer modernen Familienkomponente (z. B. eine sorge-/ betreuungs-/ pflegeberechtigte Person fährt gratis mit)
- ➔ Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in kommunalen Verkehrsplanungen
- ➔ Förderung von sicheren, kindgerechten Fuß- und Radwegen sowie Leihangebote für Fahrräder und Roller

Barrierefreiheit und Inklusion als Standard verankern

Mobilität muss für alle Menschen zugänglich und nutzbar sein. Sie ermöglicht in wesentlichem Maße die soziale Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft – unabhängig von körperlichen Einschränkungen, Sprache, Alter oder Wohnort.

Lösungsansätze:

- ➔ Barrierefreiheit (bspw. auch für kognitiv beeinträchtigte Menschen, Menschen die nicht lesen können oder sinnesbeeinträchtigte Menschen) als verbindliches Kriterium in allen Planungsprozessen (§ 2 Abs. 2 LMG)

¹ Auch der Klimaschutzverständigenrat Baden-Württemberg unterstreicht in seiner Stellungnahme gem. § 16 Abs. 2 KlimaG BW zum Fortschritt des Klimaschutzes in Baden-Württemberg und zum Klima-Maßnahmen-Register vom 30.09.2025, dass Mobilität als soziale Daseinsvorsorge verstanden und sozial gerecht gestaltet werden muss.



- ➔ Beteiligung von Betroffenen und ihren Interessenvertretungen bei der Ausgestaltung von Mobilitätsangeboten
- ➔ Ausbau von sicheren und zugänglichen Haltestellen, Bahnhöfen und Wartebereichen

Mobilitätswende als Chance für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit nutzen

Die Verkehrswende ist ein zentraler Hebel zur Erreichung der Klimaziele. Gleichzeitig bietet sie die Möglichkeit, soziale Ungleichheiten zu überwinden.

Lösungsansätze:

- ➔ Ausbau des ÖPNV-Angebots gemäß der ÖPNV-Strategie 2030 – insbesondere im ländlichen Raum
- ➔ Förderung alternativer Mobilitätsformen, wie zum Beispiel On-Demand, Sharing-Angebote mit sozialer Zugänglichkeit
- ➔ Verknüpfung von Mobilitäts- und Klimaschutzmaßnahmen mit sozialpolitischen Instrumenten – zum Beispiel durch Einführung des Klimagelds für Menschen aus Bedarfsgemeinschaften

Mobilität als Bildungszugang und Empowerment verstehen

Mobilität ermöglicht Bildung – formell wie informell. Sie ist Voraussetzung für selbstbestimmte Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe.

Lösungsansätze:

- ➔ Integration von Mobilitätsbildung in schulische und außerschulische Angebote
- ➔ Einbeziehung von Eltern in Mobilitätstrainings und Bildungsmaßnahmen
- ➔ Förderung von Bildungszugängen durch Mobilitätsangebote – insbesondere in strukturschwachen Regionen

Wer die Mobilitätswende will, muss sie auch sozial gerecht gestalten!

Der Zugang zu Mobilität ist Teil der Daseinsvorsorge. Wir fordern die Landesregierung auf, die Mobilitätswende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen und sozialpolitische Verantwortung zu übernehmen.

Dabei geht es darum, Barrieren abzubauen, Chancengleichheit zu fördern und sicherzustellen, dass auch Menschen mit geringem Einkommen, Kinder, Jugendlichen und Familien, älteren Personen, Menschen mit Behinderungen und jene in ländlichen Regionen zuverlässig Zugang zu modernen, umweltfreundlichen Mobilitätsangeboten haben.

Mobilität darf kein Privileg sein – sie muss für alle Menschen erreichbar, bezahlbar und sicher sein.

Unsere Vision

Für eine umfassende und sozial gerechte Mobilitätswende sehen wir die Einführung eines ticketfreien ÖPNV in ganz Deutschland als oberstes Ziel. Nach dem Vorbild des Rundfunkbeitrags beteiligen sich alle Bürger:innen und Unternehmen mit einem fixen, monatlichen Betrag: auf dem Land mit nur 10 Euro, in Städten mit 29 Euro. Kinder unter 18 Jahren zahlen gar nicht. Dadurch entfallen Ticketkontrollen und Fahrscheine werden überflüssig. Die erwirtschafteten Überschüsse werden zweckgebunden reinvestiert in die Weiterentwicklung des ÖPNV. Ein Bürger:innenrat ÖPNV nach dem Vorbild des Rundfunkrats wird implementiert und entscheidet mit.

Politische Impulse zur Realisierung einer sozial gerechten Mobilitätswende

Mobilität ist zentraler Baustein im Alltag eines jeden Menschen und damit wesentlicher (Gelingens-) Faktor für die gesellschaftliche, kulturelle und berufliche Teilhabe aller Bürger:innen in Baden-Württemberg. Der politische Auftrag zur Realisierung einer sozial gerechten Mobilitätswende kommt damit einer sozial-ökologischen Gesamtverantwortung unserer Gesellschaft gleich.



Die Liga-BW gibt der Landesregierung daher die folgenden Impulse mit auf den Weg:

1. Mobilität als soziale Grundversorgung verankern:

- ➔ **Mobilität gesetzlich als Teil der Daseinsvorsorge definieren**, insbesondere für armutsbetroffene und migrierte Menschen.
- ➔ **Sozialtickets flächendeckend sichern und ausbauen**, z. B. durch landesweite Mindeststandards und gezielte Finanzierungshilfen für Kommunen.
- ➔ **Digitale Barrieren abbauen: Einführung analoger Zugangsmöglichkeiten zu digitalen Tickets**, z. B. durch Plastikkarten mit Guthabenfunktion.

2. Niedrigschwellige und mehrsprachige Informationsangebote bereitstellen

- ➔ **Mehrsprachige Flyer und Piktogramme** zu Mobilitätsangeboten entwickeln und landesweit verteilen, z. B. über Jobcenter, Sozialdienste oder Bahnhofsmmission.
- ➔ **Fachportal „aktivmobil BW“** für neue Zielgruppen wie Migrant:innen und armutsbetroffene Menschen öffnen und Inhalte entsprechend anpassen.
- ➔ **Integreat-App erweitern** um Mobilitätsinformationen. Kommunen sollen Inhalte selbst erstellen können („Digitalfabrik“).
- ➔ **Barrierefreie Beschilderung** an Haltestellen und Bahnhöfen landesweit umsetzen (Farbleitsysteme u. ä.).

3. Mobilitätsbildung und Beteiligung stärken

- ➔ **Mobilitätsbildung in Schulen und Integrationskursen verankern** – mit praktischen Übungen und Informationen zu ÖPNV, Radverkehr und Carsharing.
- ➔ **Weiterbildungen für Integrationsbeauftragte** zur Mobilität verpflichtend einführen.
- ➔ **Betroffene aktiv einbinden**: Fahrgastbeiräte, Quartiersprojekte und partizipative Stadtplanung fördern.

4. Mobilitätsangebote sozial und inklusiv gestalten

- ➔ **Carsharing mit Sozialkomponente entwickeln**, z. B. durch Kooperationen mit Wohnungsunternehmen, Vereinen oder Sozialträgern.
- ➔ **Rufbusse für Schichtarbeit und Nachtverkehre ausbauen**, insbesondere in ländlichen Räumen.
- ➔ **Reparaturgutscheine und Fahrradförderung** für armutsbetroffene Haushalte bereitstellen, z. B. über Bonuskarten.
- ➔ **Digitale Echtzeit Belästigungsanzeigeapp** anbieten, z. B. mit safeNow (Arbeitstitel: digitale Boje).

5. Landesweite Austauschplattformen und Netzwerke fördern

- ➔ **Austauschplattform für Integrationsbeauftragte** weiterentwickeln und um Mobilitätsthemen ergänzen.
- ➔ **Best-Practice-Datenbank** für kommunale Mobilitätsprojekte einrichten (z. B. KreisBonusCard, Mitfahrbänkle, Velofit).
- ➔ **Kommunale Allianzen stärken**, z. B. durch gezielte Förderprogramme für sozial-ökologische Mobilitätsprojekte.


liga-bw.de

Liga der freien Wohlfahrtspflege
in Baden-Württemberg e.V.



Stauffenbergstr. 3 | 70173 Stuttgart
T: 0711 61967-0 | E: info@liga-bw.de
www.liga-bw.de

Stuttgart, November 2025